



Zurück in die Welt

Austausch zum
Bildungsstandard machen!

Antworten auf unsere Wahlprüfsteine zur Bundestagswahl 2021

Im Rahmen der Kampagne „Zurück in die Welt – Austausch zum Bildungsstandard machen!“ zur Bundestagswahl am 26. September 2021 haben wir die Parteien gefragt, wie der internationale Schüler- und Jugendaustausch konkret gestärkt werden soll.

Geantwortet haben:

CDU/CSU

SPD

BÜNDNIS'90/DIE GRÜNEN

DIE LINKE

FDP

Stand: 21.08.2021

Förderung von Bildungsgerechtigkeit

1. Wie stehen Sie zu dem Anspruch, dass jeder junge Mensch - unabhängig von sozialem Hintergrund, finanziellen Voraussetzungen oder der besuchten Schule - einmal während der Schulzeit an einem grenzüberschreitenden Austausch teilnehmen kann?

CDU	<p>Grundsätzlich halten es CDU und CSU für erstrebenswert, dass alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig vom finanziellen Hintergrund ihrer Familie, an einem internationalen Jugendaustauschprogramm teilnehmen können. Allerdings sollten die Voraussetzungen dafür gegeben sein, und die Schülerinnen und Schüler sollten von diesem Auslandsaufenthalt persönlich und schulisch profitieren. Dabei gilt für uns das Prinzip der Freiwilligkeit.</p>
SPD	<p>Wir werden auch künftig dafür sorgen, dass möglichst viele Kinder und Jugendliche von einem Schüleraustausch profitieren. Das bereichert sie, stärkt ihren Charakter und vertieft Sprachkenntnisse.</p> <p>Auch diejenigen aus finanziell nicht so gut gestellten Familien sollen entsprechende Chancen haben. Für sie wollen wir uns auf allen Ebenen dafür einsetzen, dass es auch in Zukunft entsprechende Förderhilfen gibt.</p> <p>Die Kosten für einen Schüleraustausch sollen Familien mit geringerem Einkommen nicht abschrecken. Gerade für diese gibt es eine Vielzahl von Förderhilfen. Aktuell unterstützen öffentliche Träger, Verbände, Vereine sowie Unternehmen und Privatpersonen. Wir wollen die Vielfalt dieser Fördermöglichkeiten erhalten und nach Möglichkeit ausbauen.</p> <p>Für Kinder und Jugendliche aus wirtschaftlich benachteiligten Familien wollen wir, dass die Fördermittel von Bund künftig durch die zusätzliche Einführung von Sozialkriterien da ankommen, wo sie am dringendsten gebraucht werden.</p>
B90/DIE GRÜNEN	<p>Unser Ziel ist es, dass alle jungen Menschen während ihrer Schul-, Ausbildungs- oder Studienzeit die Möglichkeit haben, eine europäische bzw. internationale Austausch Erfahrung zu sammeln. Der internationale Schüler*innen- und Jugendaustausch leistet einen wichtigen Beitrag zur Persönlichkeitsentwicklung, zum Erwerb interkultureller und sprachlicher Kompetenzen und zur politischen Bildung und trägt damit zu Weltoffenheit und Toleranz bei. Wir GRÜNE wollen die Teilnahme an Austauschprogrammen durch zielgruppenspezifische Ansprache von der sozialen Herkunft entkoppeln, um mehr junge Menschen aus benachteiligten Familien oder ärmeren Regionen oder Stadtteilen einen Auslandsaufenthalt zu ermöglichen.</p>
DIE LINKE	<p>DIE LINKE setzt sich für einen verstärkten Austausch von Jugendlichen ein, der über reine Bildungsmaßnahmen hinausgeht. Ziel sollte sein, so vielen jungen Menschen wie möglich diese wertvolle Erfahrung des grenzüberschreitenden Austausches zu ermöglichen. Es ist wichtig, dass insbesondere junge Menschen aus benachteiligten Familien in diesem Zusammenhang gefördert werden.</p>

FDP

Die Fragen 1, 2 und 3 werden im Zusammenhang beantwortet.

Alle Schülerinnen und Schüler, unabhängig vom Einkommen der Eltern und der besuchten Schulform, sollen die Chance haben, an einem Schüleraustausch teilzunehmen. Der Blick über den eigenen kulturellen Tellerrand hinaus fördert die Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen und bereitet sie auf ein selbstbestimmtes Leben in einer globalisierten Arbeits- und Lebenswelt vor. Wir Freien Demokraten wollen deshalb, dass alle Schülerinnen und Schüler unabhängig von den finanziellen Verhältnissen die Möglichkeit bekommen, mindestens sechs Monate ihrer Schulzeit in einem anderen Land zu verbringen. Dies soll für alle Schulformen möglich sein, inklusive der Berufsschulen. Wir wollen, dass EU-Bürgerinnen und EU-Bürger Bildungsangebote in jedem EU-Land ihrer Wahl wahrnehmen können, dazu wollen wir Erasmus+-Programme in der beruflichen Bildung ausweiten. Jedem jungen Menschen muss es möglich sein, einen Teil oder seine ganze Ausbildung in einem anderen Land der Europäischen Union zu absolvieren. Um die Teilnahme von Auszubildenden und Berufsschülerinnen und -schülern an europäischen Austauschprogrammen zu vereinfachen, soll die Nationale Agentur Bildung für Europa des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) analog zum Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) zu einer leistungsstarken Austauschagentur für die berufliche Bildung ausgebaut werden.

2. Wie bewerten Sie eine Erweiterung des Schüler-Auslands-BAföG für Jugendliche aller Schulformen?

CDU	Siehe Antwort auf Frage 3
SPD	Wir wollen ein starkes BAföG für Schülerinnen und Schüler einführen - wohnortunabhängig. Damit wollen wir sicherstellen, dass junge Menschen den Schulabschluss für sich wählen können, der ihren Fähigkeiten entspricht, egal ob sie bei Ihren Eltern wohnen oder nicht. Einer Ausweitung des Schüler-Auslands-BAföG auf alle Schulformen für alle, die grundsätzlich förderberechtigt sind, stehen wir ebenfalls offen gegenüber.
B90/DIE GRÜNEN	Wir GRÜNE wollen das BAföG zu einer elternunabhängigen Grundsicherung für Studierende und Auszubildende umbauen, damit kein Studium und keine schulische Ausbildung am Portemonnaie der Eltern scheitert. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die Regelungen für das Auslands-BAföG auf mögliche Förderlücken hin überprüfen. Bei einer Erweiterung des Schüler-Auslands-BAföG für Schüler*innen aller Schulformen ist zu bedenken, dass die Öffnung konsequenterweise auch für die BAföG-Inländer*innen nachvollzogen werden müsste und sich damit nicht intendierte Probleme beim Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung ergeben könnten, weil das BAföG grundsätzlich vorrangig ist.
DIE LINKE	Das Schüler-Auslands-BAföG sollte Schüler:innen aller Schulformen zur Verfügung stehen. Die Förderung sollte sich nicht nur auf Schüler:innen an Gymnasien, Gesamtschulen sowie Fach- oder Fachoberschulen beschränken. Gerade junge Menschen aus benachteiligten Familien sollten die Möglichkeit haben, an einem grenzüberschreitenden Austausch teilzunehmen.
FDP	Siehe hierzu die Antwort zu Frage 1.

3. Sollten Schülerinnen und Schülern in Deutschland durch die Bundesregierung eine einkommensabhängige finanzielle Förderung erhalten, um an einem ganz- oder halbjährigen individuellen Schüleraustausch im Ausland teilnehmen zu können?

- CDU Die Fragen 2 und 3 werden im Zusammenhang gemeinsam beantwortet:
- Mit dem Auslands-BAföG gibt es bereits eine Sozialleistung, mit der Schülerinnen und Schüler einen Schulbesuch im Ausland finanzieren können. CDU und CSU wollen daran festhalten.
- Schülerinnen und Schüler an Gymnasien, Gesamtschulen sowie an Fach- oder Fachoberschulen können während ihres Auslandsschuljahres BAföG erhalten, sofern die finanziellen Voraussetzungen gegeben sind. Absolvierende einer Realschule können dann gefördert werden, wenn sie in eine gymnasiale Oberstufe aufgenommen werden. Zu den Förderbedingungen gehört, dass die Schülerinnen und Schüler nach dem Auslandsschulbesuch von mindestens sechs Monaten bzw. einem Schulhalbjahr die Schulausbildung in der gymnasialen Oberstufe oder an einer zweijährigen Fachoberschule fortsetzen. Diese Regelung stellt sicher, dass die Schülerinnen und Schüler über die notwendigen Sprachkenntnisse verfügen, um vom Aufenthalt im Ausland zu profitieren.
- SPD Siehe Antworten auf Frage 1 und 2
- B90/DIE GRÜNEN Siehe Antwort auf Frage 2.
- DIE LINKE DIE LINKE. setzt sich dafür ein, dass insbesondere Schüler:innen aus benachteiligten Familien die Gelegenheit zu einem grenzüberschreitenden Austausch erhalten. Arme Familien können sich in der Regel nicht leisten, dass ihre Kinder ein Auslandsaufenthalt machen können. Dabei ist ein Austausch eine fruchtbare Lernerfahrung, bei der neben dem Erwerb von Sprachkenntnissen auch neue Kulturen kennengelernt und neue Freundschaften entstehen können. Daher ist es wichtig, dass insbesondere diese Familien eine besondere Förderung erhalten.
- FDP Siehe hierzu die Antwort zu Frage 1..

4. Halten Sie es für sinnvoll, dass die Bundesregierung, Familien finanziell entlastet, die Austauschschüler*innen aufnehmen, z.B. durch steuerliche Erleichterungen, Kindergeldzuschüsse für ausländische Gastkinder oder passende Förderfonds?

CDU Siehe Antwort auf Frage 7

SPD Siehe Antwort auf Frage 1

B90/DIE GRÜNEN Wir GRÜNE wollen den internationalen Schüler*innen- und Jugendaustausch dauerhaft stärken, damit möglichst alle jungen Menschen wertvolle Auslandsfahrten sammeln können. Bei Entlastungen durch Steuervorteile oder Kindergeldzuschüsse gilt es, die politische Steuerungswirkung sowie mögliche soziale Effekte zu berücksichtigen. Mit einer Kindergrundsicherung wollen wir Kindergeld, Kinderfreibeträge, Kinderzuschlag, das Sozialgeld für Kinder und die Bedarfe für Bildung und Teilhabe in eine neue eigenständige Leistung zusammenzufassen und damit die Kinder- und Familienförderung grundlegend gerechter machen. Ein Förderfonds kann ein geeignetes Instrument zur finanziellen Förderung des internationalen Schüler*innen- und Jugendaustauschs sein.

DIE LINKE Die Aufnahme von Austauschschüler:innen bietet die Möglichkeit der interkulturellen Erfahrung in den "eigenen vier Wänden". Als Gastfamilie kann man viele spannende und interessante Erfahrungen sammeln. Diese Möglichkeit sollte nicht nur privilegierten Familien zugutekommen, die sich das leisten können. Daher sollten Familien, die über wenig Einkommen verfügen, aber gerne Austauschschüler:innen aufnehmen möchten, eine entsprechende Förderung erhalten.

FDP Wir Freie Demokraten wollen gezielt Familien mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten, indem wir den sogenannten Mittelstandsbauch abschmelzen. Dies kann auch einen positiven Effekt auf potentielle Gastfamilien haben, die nun individuell entscheiden können, ob sie ihr zusätzliches Einkommen für ein ausländisches Gastkind verwenden. Wir Freien Demokraten möchten die Bürgerinnen und Bürger entscheiden lassen, in welche gesellschaftlichen Bereiche sie ihr zusätzliches Einkommen investieren, ohne ihnen eine gesellschaftspolitische Priorität vorzugeben.

Internationalem Schüleraustausch einen festen Platz in der Schule verschaffen!

5. Was kann der Bund dafür tun, dass Schüler- und Jugendaustausch einen festen Platz in der Schule hat?

CDU	<p>Der Bund leistet seinen Beitrag zum Schüler- und Jugendaustausch, indem er das EU-Programm Erasmus+ für allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Sport finanziell unterstützt. Im Förderzeitraum 2021 bis 2027 wurde das Budget von Erasmus+ mit über 26 Milliarden Euro ausgestattet und damit im Vergleich zum Vorgängerprogramm nahezu verdoppelt. Allein auf den Schulbereich entfallen drei Milliarden Euro. Mit Erasmus+ werden in den nächsten sieben Jahren persönliche Begegnungen von zehn Millionen Menschen in ganz Europa möglich. Das Programm ist so angelegt, dass es Menschen mit Behinderungen oder mit sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen oder geografischen Einschränkungen berücksichtigt. An Erasmus+ können unter anderem auch Kitas, Grundschulen und Förderschulen teilnehmen.</p>
SPD	<p>Aufgrund der verfassungsrechtlichen Kompetenzverteilung von Bund und Ländern in Schulfragen kann der Bund sich lediglich im Rahmen der finanziellen Unterstützung für Schüler- und Jugendaustausch einsetzen. Siehe hierzu die Antworten auf Frage 1 und 2.</p> <p>Grundsätzlich setzt sich die SPD im Schulbereich für gute Ganztagschulen ein, die erstklassig ausgestattet sind, viel Zeit zum gemeinsamen Lernen und beispielsweise damit auch mehr Zeit für Projektarbeit bieten. Hier könnte beispielsweise auch das Thema Schüler- und Jugendaustausch aufgegriffen werden. Denn wir wollen Räume für fächerübergreifenden Kompetenzerwerb und das Denken in Zusammenhängen öffnen.</p>
B90/DIE GRÜNEN	<p>Wir GRÜNE wollen gemeinsam mit Ländern und Kommunen dafür sorgen, dass der Schüler*innen- und Jugendaustausch einen festen Platz in der Schule hat. Wir wollen gute Ganztagsangebote für Schüler*innen ermöglichen und dauerhafte Finanzierungswege für mehr Bildungsgerechtigkeit schaffen, um Regionen oder Quartiere mit Schulen mit besonderem Unterstützungsbedarf zu stärken. Damit schaffen wir eine wichtige Voraussetzung, damit alle Schulen die Möglichkeit zu Kooperationen mit außerschulischen Akteuren und Organisationen erhalten und vielfältige und inklusive Bildungs- und Austauschformate anbieten können.</p>
DIE LINKE	<p>Der Bund sollte mehr Initiativen und Projekte fördern, die internationale Begegnungen junger Menschen ermöglichen. Schule ist hierbei ein wichtiger Ort, um sich über individuelle Auslandsaufenthalte zu informieren. Der Bund sollte Gespräche mit den Ländern aufnehmen, damit der Schüleraustausch auch durch die jeweilige Kultuspolitik der Länder gestärkt wird.</p>
FDP	<p>Wir Freie Demokraten wollen das Erfolgsprogramm „Erasmus+“ weiterentwickeln. Auch Schülerinnen und Schüler sollen von „Erasmus+“ profitieren und unabhängig vom Einkommen der Eltern sechs Monate der Schulzeit im europäischen Ausland absolvieren können. Die Vergleichbarkeit und gegenseitige Anerkennung von Zeugnissen und Abschlüssen wollen wir verbessern.</p> <p>Wir wollen das Aufwachen von Kindern und Jugendlichen in einem gemeinsamen europäischen Bewusstsein stärken und fördern. Wir wollen daher die guten Erfahrungen des Deutsch-Französischen Jugendwerks auf die europäische Ebene übertragen und ein Europäisches Jugendwerk einrichten. Dieses soll den bi- und multilateralen Austausch von Kindern und Jugendlichen in der Europäischen Union fördern und unterstützen.</p>

Internationalisierungsstrategie für Bildung als nationale Aufgabe begreifen!

6. Kann Ihrer Meinung nach Austausch durch Unterstützung (von Austausch- und Kulturmittler-Organisationen und nationalen Verwaltungen) als Instrument systematischer gefördert werden und so zur Stärkung eines europäischen Identitätsgefühls beitragen?

CDU	Im Auftrag der EU-Kommission übernehmen hierzulande für den Schulbereich die Nationale Agentur im Pädagogischen Austauschdienst (PAD) und für die beruflichen Schulen die Nationale Agentur beim Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) die Durchführung des Programms Erasmus+. Angesichts der Erfolgsgeschichte von Erasmus+ sehen CDU und CSU hier keinen weiteren Handlungsbedarf.
SPD	Ja, die Unterstützung von Austausch- und Kulturvermittler-Organisationen kann auf jeden Fall zur Stärkung eines europäischen Identitätsgefühls beitragen. Deshalb setzen wir uns beispielsweise auch für die weitere Stärkung und den Ausbau von Erasmus+ ein, um noch mehr Schüler, Auszubildende, Studierende und Lehrende einen Aufenthalt in Europa und in außereuropäischen Ländern zu ermöglichen. Dafür brauchen wir aus unserer Sicht bessere Informationsangebote und Beratung, mehr Unterstützung bei der Wohnungssuche sowie höhere Förderbeiträge für finanzschwache Teilnehmende. Mit dem Programm „Jugend erinnert“ wollen wir zudem internationale Jugendbegegnungen an historischen Orten der NS-Verfolgung und –Vernichtung unterstützen und so die Förderung einer europäischen Erinnerungskultur vorantreiben.
B90/DIE GRÜNEN	Siehe Antwort auf Frage 7.
DIE LINKE	Jugendaustausch ist ein wichtiger Baustein zur Stärkung der europäischen Identität und Teil der Demokratieerziehung. Um die Anzahl der Schüler:innen, die an einem grenzüberschreitenden Austausch teilnehmen, zu erhöhen, sollten vorhandene Strukturen gestärkt und besser miteinander vernetzt werden.
FDP	Durch mehr kulturellen Dialog, den Ausbau von Austauschprogrammen in der Bildung (Erasmus +) und gemeinsame europäische Bildungsinhalte wollen wir das Verständnis füreinander stärken. Gerade in Zeiten neuer gemeinsamer politischer und wirtschaftlicher Herausforderungen ist und bleibt der Kulturaustausch das Sprachrohr zur Verständigung. Dies ist insbesondere bei einem Nachfolgeprogramm zu „Kreatives Europa“ zu berücksichtigen, das den innereuropäischen Austausch von Künstlerinnen und Künstlern sowie Kulturgütern in den Mittelpunkt stellen sollte. Wir wollen hier dafür sorgen, dass Bürokratie abgebaut wird, indem die Antragsformalitäten vereinfacht werden.

7. Wie bewerten Sie die Rolle der Schüleraustausch-Aufnahmeprogramme im Zusammenhang mit der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik? Wie kann der Bund dieses Instrument strategischer nutzen – Beispielsweise durch die finanzielle Entlastung bei ehrenamtlicher Aufnahme von Gastkindern?

- CDU Die Fragen 4 und 7 werden im Zusammenhang gemeinsam beantwortet:
- Mit wenigen Ausnahmen nehmen die Gastfamilien die Austauschschülerinnen und Austauschschüler unentgeltlich auf. Ob es sinnvoll sein kann, die Gastfamilien mit einem monatlichen Haushaltskostenzuschuss zu entlasten, wollen CDU und CSU prüfen. Schließlich kann ein solcher Zuschuss ein Anreiz sein, Gastkinder aufzunehmen und zugleich Begegnungen, Austausch und Verständnis über kulturelle Grenzen hinweg zu fördern.
- SPD Eine enge Verzahnung von Schüleraustausch-Programmen und Auswärtiger Kultur- und Bildungspolitik ist auf jeden Fall sinnvoll. Im Rahmen eines Koalitionsantrages im Deutschen Bundestag hat sich die SPD dafür stark gemacht, dass die Regierung ihr Engagement im Auswärtigen Kultur- und Bildungsbereich verstärkt, in dem sie die Zusammenarbeit von nationalen Kultureinrichtungen und solchen im Ausland stärkt. Zahlreiche Jugendbegegnungen und Fachkräfteprogramme ermöglichen jungen Menschen, internationale Erfahrungen zu sammeln, interkulturelle Kompetenzen zu erwerben und Vielfalt wertschätzen zu lernen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Tätigkeit von bi- und trinationalen Jugendwerke (z.B. deutsch-französisches Jugendwerk, UK-German Connection) noch weiter ausgebaut und gefördert wird. Gerade der zivilgesellschaftliche Austausch im Jugendbereich stärkt den europäischen Gedanken und fördert Verständigung und Toleranz auch über Europa hinaus.
- Der langfristige internationale Schüleraustausch stand vor immensen, pandemiedingten Herausforderungen im Jahr 2020. Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich dafür eingesetzt, dass die Bundesregierung mit einem Sonderprogramm die gemeinnützigen Organisationen des langfristigen internationalen Jugendaustausches finanziell unterstützen konnte.
- B90/DIE GRÜNEN Die Fragen 6 und 7 werden im Zusammenhang beantwortet:
- Gerade vor dem Hintergrund des zunehmenden Autoritarismus und der weltweiten Angriffe auf Kunst- und Wissenschaftsfreiheit, wollen wir GRÜNE die Zusammenarbeit mit der UNESCO und dem Europarat intensivieren und die Auswärtige Kultur-, Bildungs- und Wissenschaftspolitik stärken. Sie sichert Zugänge zur Zivilgesellschaft vor allem in Krisenzeiten, stärkt demokratischen Austausch und baut neue Partnerschaften auf. Die Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialismus werden wir durch internationale Kultur- und Jugendbegegnungen und durch zivilgesellschaftlichen Austausch stärken. Unser Ziel ist es, dass alle jungen Menschen während ihrer Schul-, Ausbildungs- oder Studienzeite die Möglichkeit haben, eine europäische bzw. internationale Austausch Erfahrung zu sammeln. Kulturmittlerorganisationen, wie etwa Goethe-Institute, und die deutschen Schulen im Ausland sollen finanziell besser ausgestattet und digital fit gemacht werden.
- DIE LINKE Der internationale Jugendaustausch leistet einen wertvollen Beitrag, gegenseitiges Verständnis zu schaffen und einen Zugang zu Kultur und Bildung über geographische Grenzen hinweg zu ermöglichen. Der Bund sollte daher seine Anstrengungen in der Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik verstärken und in diesem Zusammenhang vor allem einen Fokus auf die Förderung von Schüler:innen aus benachteiligten Familien legen.
- FDP Wir Freie Demokraten bekennen uns zur Auswärtigen Kultur- und Bildungspolitik, die auch einen wichtigen Beitrag zu einer nachhaltigen Friedenspolitik leistet. Das vielfältige und offene Kulturleben in Deutschland ist ein besonderes Aushängeschild der Bundesrepublik. Kunst und Kultur gebührt daher zu Recht ein besonderer Stellenwert in der deutschen Außenpolitik. Neben Repräsentationsfunktionen

übernehmen sie wichtige Aufgaben im internationalen Dialog. Die Arbeit von Organisationen wie dem Goethe-Institut und dem Institut für Auslandsbeziehungen, des DAAD oder der Pasch-Schulen wollen wir deswegen weiter fördern.

Auch wollen wir Freie Demokraten bis 2030 mindestens 20 Prozent aller Auszubildenden eine persönliche Auslandserfahrung ermöglichen. Gleichzeitig wollen wir mit einem Programm europäische Jugendliche bei einer Ausbildung in Deutschland unterstützen. Analog zum Deutschen Akademischen Austauschdienst (DAAD) braucht es einen Deutschen Beruflichen Austauschdienst, der Auszubildende, Betriebe und Berufsschulen bei Auslandsaufenthalten unterstützt.

8. Würden Sie die Einsetzung einer Enquete-Kommission befürworten, um bisherige Ansätze zum Thema „Austausch und Internationalisierung der Bildung“ zu erfassen und Vorschläge zur Koordinierung auf nationaler Ebene zu erarbeiten?

- CDU Die Zuständigkeit für die Bildungspolitik liegt in Deutschland bei den Ländern. Daran halten CDU und CSU fest. Um die Internationalisierung der Bildung zu verbessern, ist mit Blick auf die allgemeinbildenden Schulen die Kultusministerkonferenz der Ansprechpartner, wenn es um die berufliche Bildung geht, ist das Bundesinstitut für Berufsbildung zuständig. Für die Hochschulen leistet der Deutsche Akademische Austauschdienst hervorragende Arbeit. Die Einsetzung einer Enquête-Kommission zum Thema „Austausch und Internationalisierung der Bildung“ halten CDU und CSU daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für erforderlich.
- SPD Die Einsetzung einer solchen Enquete-Kommission haben wir bislang noch nicht beraten.
- B90/DIE GRÜNEN Wir GRÜNE wollen Austausch und Internationalisierung der Bildung dauerhaft stärken und gemeinsam mit den Organisationen Vorschläge zur besseren Ausstattung und Koordinierung auf nationaler und internationaler Ebene erarbeiten. Dies kann im Rahmen parlamentarischer Beratungen, von Fachgesprächen und Anhörungen, persönlichen Gesprächen erfolgen. Ob eine Enquete-Kommission das richtige Instrument ist, muss diskutiert werden.
- DIE LINKE Nein, wir befürworten keine Einsetzung einer Enquete-Kommission zum Austausch und Internationalisierung der Bildung.
- FDP Die Einrichtung einer Enquete-Kommission könnte eine parlamentarische Maßnahme von vielen sein, um das Thema des Austauschs und der Internationalisierung der Bildung umfänglich zu erschließen. Allerdings ist eine Enquete-Kommission in der Regel auf eine ganze Legislaturperiode des Deutschen Bundestages ausgelegt. Die Handlungsempfehlungen einer Enquete-Kommission können häufig erst in der danach folgenden Wahlperiode aufgegriffen und umgesetzt werden. Von daher könnte es in einem ersten Schritt sinnvoller sein, die entsprechende Fachexpertise im Rahmen von Anhörungen der zuständigen Ausschüsse einzubinden.
- Wir Freie Demokraten bekennen uns aber auch bei diesem wichtigen Thema zum wichtigen Beitrag der Wissenschaften in demokratischen Beratungsprozessen, um faktenbasierte, redliche und vernünftige Entscheidungen zu ermöglichen. In unserer lernenden Demokratie sind wissenschaftliche Erkenntnisse eine unverzichtbare Grundlage, aber niemals ein Ersatz von politischer Debatte, Entscheidung und politischem Interessenausgleich. Wissenschaftliche Beiträge dienen der demokratischen Aufklärung von Fakten, Optionen und Szenarien. Fortschritt entsteht gerade auch aus Widerspruch, Zweifeln und kritischer Diskussion.



Austausch zum
Bildungsstandard machen! **Kontakt**

Deutsches Youth For Understanding Komitee e.V.
Anna Kauert
anna.kauert@yfu.de
+ 49 (0)40 – 227 002-26

Initiative »Austausch macht Schule«
Bernd Böttcher
b.boettcher@austausch-macht-schule.org
+ 49 (0)40 – 87 88 679-31